

17. Jahrestagung der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendhilfeplanung macht Zuwanderung zum Thema

„Gesellschaftliche Integration in der Kommune gestalten“

Über 100 Fachkräfte öffentlicher und freier Träger trafen sich auf Einladung des Landesjugendamtes am 29. Juni im Erbacher Hof in Mainz zur 17. Jahrestagung der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendhilfeplanung. Zentrales Thema war die Herausforderung, die mit der gesellschaftlichen Integration der Zuwanderer für die kommunale Planung verbunden ist. In einem bereichsübergreifend zusammengesetzten Podium und in insgesamt sieben Arbeitsgruppen ging es um inhaltliche Aspekte des Unterstützungsbedarfs ebenso wie um strukturelle und methodische Fragen der planerischen Unterstützung.

Gesellschaftliche Integration muss die angestammte Bevölkerung genauso im Blick haben wie die Zuwanderer

In ihren Grußworten gingen sowohl der Vorsitzende des Landesjugendhilfeausschusses Albrecht Bähr als auch der Präsident des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung Detlef Placzek darauf ein, dass die gesellschaftliche Integration von Zuwanderern nur gelingen kann, wenn auch die Belange der angestammten Bevölkerung dabei im Blick sind. Bähr wies auf die universale Geltung der Menschenrechte hin und darauf, dass Armut und soziale Benachteiligung in unserer Gesellschaft im Widerspruch dazu stehen. Placzek zitierte die Ministerpräsidentin, nach deren Worten der soziale Zusammenhalt wichtigstes Anliegen der Regierung ist. Die Politik der Landesregierung sei für alle da, „für Flüchtlinge und die, die schon immer hier waren“, hatte sie in ihrer Regierungserklärung betont. Der Beauftragte der Landesregierung für Migration und Integration Miguel Vicente unterstrich, dass es im Hinblick auf die soziale Integration wichtig sei, Parallelstrukturen für Zuwanderer so weit als möglich zu vermeiden.

Die Dynamik der Zuwanderung muss mit der Haltung der Bevölkerung zur Zuwanderung in Einklang gebracht werden

Rainer Kaul, Landrat des Kreises Neuwied und Präsident des Landesverbands Rheinland-Pfalz des DRK, unterstrich, dass es wichtig ist, die ansässige Bevölkerung bei dem Prozess der Aufnahme von Flüchtlingen mitzunehmen. Wenn 2014 400 Flüchtlinge in den Kreis kamen, 2015 1.700 und jetzt, bis Mitte 2016, schon wieder 800 gezählt wurden, dann müsse der Anspruch der gesellschaftlichen Integration differenziert gesehen und auch berücksichtigt werden, dass es dabei für bestimmte Gruppen auch um eine Teilhabe auf Zeit gehen könne.

Das Hilfepotenzial von Regelstrukturen muss reaktiviert werden

Podiumsrunde mit Claudia Völcker, Ela Strieder, Landrat Rainer Kaul, Prof. i.R. Franz Hamburger, Christiane Giersen und Sybille Nonninger

Claudia Völcker, Jugend- und Sozialamtsleiterin der Stadt Speyer, die Journalistin und Koordinatorin der Integrationsbegleiter in Nierstein-Oppenheim Ela Strieder, der Landrat des Kreises Neuwied Rainer Kaul, Professor i.R. Franz Hamburger und Christiane Giersen von der Arbeitsgemeinschaft der Diakonie Rheinland-Pfalz zeichneten im Einstiegspodium ein realitätsnahes Bild von den Herausforderungen, die

damit verbunden sind, wenn aus dem ersten Willkommen ein Ankommen in der Gesellschaft und gesellschaftliche Teilhabe werden soll.

Alle bestätigten, dass die dafür vorgesehenen Regelstrukturen ihr Hilfef Potenzial für Betroffene oft erst entfalten können, wenn sich zusätzliche Helfer, wie die zahlreich aktiven Ehrenamtlichen einschalten. Claudia Völcker skizzierte, dass in Speyer mit kreativer Drittmittelinwerbung flankierende Projekte geschaffen werden konnten, die die erforderliche Orientierung und Hilfe leisten, mit Blick für den Einzelfall und jenseits standardisierter Bedarfsdefinitionen, gerade wenn es um Bildung, Ausbildung und Beruf geht. Dass die Re-Formierung bzw. Reaktivierung der Regelstrukturen eine der wichtigsten Ansatzpunkte für die Bewältigung der Herausforderung darstellt, wurde auch von den meisten Arbeitsgruppen besonders herausgestellt.

Die Dynamik der Zuwanderung ist nur mit planerischen Mitteln zu bewältigen

Wenn die beschriebene Dynamik der Zuwanderung, die Vielfalt der Lebens- und Bedarfslagen, mit den unterschiedlichen örtlichen Ressourcen zur Deckung gebracht werden soll, dann sind Planungsinstrumente unerlässlich. Es geht dann darum, systematisch Daten zu sammeln, zur quantitativen und qualitativen Beschreibung des Bedarfs sowie zu den vorhandenen Kapazitäten die erforderlichen Maßnahmen mit Fachleuten zu entwickeln und die Umsetzung von Maßnahmen systematisch zu unterstützen. Die Begleitung der diesbezüglichen Kommunikations- und Informationsprozesse und die Moderation der Planungsdiskurse fallen in das Aufgabengebiet der Jugendhilfeplanungs- bzw. Sozialplanungsfachkräfte, das betonten Claudia Völcker als Praktikerin des Jugend- und Sozialamtes ebenso wie Professor Franz Hamburger als Vertreter der Wissenschaft. Dass zur Erfüllung der Aufgabe endlich auch flächendeckend Ressourcen für die örtliche Jugendhilfeplanung nötig sind, hatte Albrecht Bähr schon eingangs festgestellt.

Für die bereichsübergreifende Abstimmung empfehlen sich Runde Tische

„Runde Tische“ und „Vernetzung“ sind keine neuen Themen und die Beschwörung ihrer Problemlösungskraft könnte abgenutzt erscheinen, dennoch, im Kontext der Zuwanderung sind sie einmal mehr die strukturelle Lösung zur bereichsübergreifenden Abstimmung, betonte Claudia Völcker. Jugendamt und Sozialamt, die Stadtplanung, der Schulbereich, das Jobcenter - alle gehören an den Tisch. Das heißt nicht, dass alle immer alles gemeinsam besprechen müssen. Bei den Arbeitsgruppen der Jahrestagung waren die Vertretungen der Schule, Bernhard Roschinski von der ADD Neustadt, und der Arbeitsverwaltung Hella Eitenauer, von der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz/Saarland der Bundesagentur, speziell mit ihrem Zuständigkeitsbereich befasst, aber eben in einer bereichsübergreifenden Konstellation mit Fachkräften unterschiedlicher Jugendhilfefelder. Entsprechend kann die Arbeit von Netzwerken oder runden Tischen zur Integration arbeitsteilig erfolgen. Wichtig ist, dass man nicht nebeneinander her arbeitet, sondern sich austauscht und abstimmt, so auch die Sprecherin der rheinland-pfälzischen Integrationsbeauftragten Sabine Müller aus Worms.

Ehrenamtliches Engagement leistet Außergewöhnliches, hauptamtliche Unterstützung kann dadurch aber nicht ersetzt werden

Der ehrenamtliche Einsatz für die Flüchtlinge wurde von allen, sei es im Podium oder in den Arbeitsgruppen, als Lehrbeispiel für bürgerschaftliches Engagement gelobt.

Ehrenamtliche Laien bedürfen gleichwohl einer fachkundigen Betreuung und Begleitung. Besonders aus den Reihen des Podiums wurde dies betont. Mehr noch, es sollte darauf geachtet werden, dass für die Öffnung der Wege zu den Regelsystemen, sei es der Hilfe, der Bildung oder Ausbildung, mehr Hauptamtliche zur Verfügung stehen, damit sich die Ehrenamtlichen stärker der Organisation von Begegnung und Kontakten mit der ansässigen Bevölkerung widmen können, so Ela Strieder als Stimme der Integrationshelfer.

Arbeitsgruppen bekräftigen die Bedeutung von niedrigschwelliger Infrastruktur sowie kluger Planung und Vernetzung

Über alle sieben Arbeitsgruppen hinweg, die sich mit inhaltlichen Fragen oder mit Aspekten der planerischen Unterstützung von Integration beschäftigten, wurde betont, dass die Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe sowie der sonstigen integrationsrelevanten gesellschaftlichen Handlungsbereiche dringend einer nachhaltigen Stärkung, nicht zuletzt in personeller Hinsicht, bedürfen. Sie müssten offen sein für alle und statt standardisierter Zugangsschwellen flexible Teilhabemöglichkeiten schaffen. Dazu seien unbürokratische flexible Finanzierungssysteme erforderlich und eine grundsätzliche interkulturelle Öffnung, außerdem die Planung und Abstimmung über Ressortgrenzen hinweg. Dabei waren die Schnittstellen auf ministerieller Ebene genauso im Blick wie die örtliche Kooperation und Koordination.

Ministerin Anne Spiegel verspricht Unterstützung für die Jugendhilfeplanung und sagt die Bearbeitung der Schnittstellen mit den anderen Ressorts zu

Die Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Anne Spiegel, die zur Präsentation der Arbeitsgruppenergebnisse anwesend war, nahm zunächst das Thema der Schnittstellen auf. Sie werde der ressortübergreifenden Abstimmung in der Landesregierung besondere Aufmerksamkeit widmen.

Im Übrigen betonte sie die Bedeutung einer bedarfsgerechten örtlichen Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe wie der Bildung und Ausbildung bzw. der sonstigen sozialen Integrationshilfe. Der Weg dahin führt über die bereichsübergreifende Verarbeitung von Informationen, über Kommunikation, Beteiligung und Abstimmung. Ein Instrument dafür ist die Jugendhilfeplanung. Die Ministerin versprach, sich für die Stärkung der örtlichen Jugendhilfeplanung einzusetzen. Sie freue sich, dass die Jahrestagung Integration zum Thema gemacht habe, sagte sie, und zeigte sich aufgeschlossen gegenüber der Einladung, mit der LAG und dem Landesjugendhilfeausschuss über die Konsequenzen aus der Tagung im Gespräch zu bleiben. Das stellte auch der jugendpolitische Sprecher der SPD Marc Ruland in Aussicht. Er war ebenfalls zur Abschlussrunde gekommen, um sich selbst ein Bild von den Ergebnissen der Arbeitsgruppen zu machen.

Grußwort des Vorsitzenden des Landesjugendhilfeausschusses Albrecht Bähr

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn ich auf die Dynamik des letzten Jahres zurückblicke, die mit den Schlagworten „Integration, Flucht und Zuwanderung“ verbunden war, dann scheinen sehr viele Themen dazu auf der Hand zu liegen. Allen gemeinsam scheint aber das Thema „Unplanbarkeit“. Erst zu wenig, nun zu viele Kapazitäten, sich stetig verändernde rechtliche Rahmenbedingungen bei sich gleichzeitig ebenfalls verändernder politischer und gesellschaftlicher Stimmungslage, wieder wachsende Heterogenität der Fluchtländer und vieles mehr. All das führt zu der Frage: ist die momentane Zuwanderung nur Herausforderung oder schon Überforderung für Planung jeglicher Art?

Die Antwort auf diese Frage wird lokal sicher sehr unterschiedlich ausfallen, vor allem auch deshalb, weil- wie allseits bekannt- die Kapazitäten, die Jugendhilfeplanerinnen und -planer hierfür zur Verfügung haben, kommunal stark divergieren. Nicht nur, weil wir hier heute auf einer Veranstaltung der LAG Jugendhilfeplanung sind, halte ich trotz all dem Planungsprozesse für die Gestaltung von Integration für unabdingbar. Diese benötigen jedoch ein grundlegendes kommunales Konzept, das Ziele und zur Verfügung stehende Ressourcen beschreibt. Knappe Ressourcen können nur dann gut und sinnvoll verplant werden, wenn Prioritäten klar und politisch verhandelt sind.

Aus der Position der Jugendhilfe muss das Recht junger Menschen auf Hilfe beim Ankommen in unserer Gesellschaft, das ihnen die UN-Kinderrechtskonvention verbrieft, umgesetzt werden. In Zeiten wie diesen, in denen auch im Hinblick auf junge Menschen inzwischen wieder laut in Frage gestellt wird, wieviel Investitionen in sie gerechtfertigt sind bzw. wir uns leisten wollen, möchte ich als Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses ausdrücklich festhalten: alle jungen Menschen haben ein Recht auf „einen ihrer körperlichen, geistigen, seelischen, sittlichen und sozialen Entwicklung angemessenen Lebensstandard“- sprich sie haben ein Recht auf ein gutes Leben!

Wie das am Ort, an dem sie leben, konkret werden kann, wollen wir heute beleuchten. Klar ist, dass die Themen: Schule und Beruf für junge Geflüchtete besonders wichtig sind. Es scheint auf den Hand zu liegen, dass hierbei Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung miteinander zu verzahnen sind. Eine Schule, die jungen Geflüchteten ein gutes Ankommen in unserer Gesellschaft ermöglichen will, kann nicht so bleiben, wie sie ist- sie funktioniert auch schon für die hier aufgewachsenen Kinder und Jugendlichen nur bedingt gut. Schule braucht die Jugendhilfe und zwar nicht wegen ihrer Problemlösungskompetenz für das eigene System, wie uns der Koalitionsvertrag glauben macht, sondern weil die Jugendhilfe ihren pädagogischen Auftrag anders wahrnimmt und Schule diese Ergänzung benötigt.

Dass junge Menschen bei uns ankommen können, geschieht nicht von allein. Es benötigt Investitionen in soziale Infrastruktur, zugehende Arbeit im Gemeinwesen und in den Dialog mit allen Betroffenen. Ja, Zuwanderung ist eine Herausforderung. Wir sind es nicht mehr gewohnt, über unsere Art zu leben, zu handeln, über unser Demokratieverständnis und unsere Werthaltungen, über das, was uns wichtig ist, Auskunft

zu geben. Das zeigen uns nicht nur die gerade frisch Zugewanderten. Wenn wir es jetzt nicht schaffen, Integration zu gestalten, werden weitere Parallelgesellschaften entstehen- das kann niemand von uns wollen!

Ich hoffe, dass diese Tagung ihnen Lust macht Integration und damit Zukunft zu gestalten!

Grußwort des Präsidenten des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung Detlef Placzek

„Die Unterbringung ist ein Sprint, die Integration ein Marathon!“

Ich begrüße Sie ganz herzlich zu dieser Tagung in der es um Planung für die gesellschaftliche Integration von zugewanderten jungen Menschen und ihren Familien gehen soll, hier in den Räumlichkeiten des Erbacher Hofes.

Ohne Planung hätten wir die hinter uns liegende Zeit der Zuwanderung bzw. Zuweisung von unabsehbar vielen Schutz suchenden Menschen aus den Krisengebieten der Welt auch in Rheinland-Pfalz nicht bewältigen können. Das mag angesichts der nicht beeinflussbaren Aufnahmezahlen widersprüchlich klingen.

Tatsächlich ging es um die tagesaktuelle Erfassung aller aufzunehmenden Menschen einerseits, um den Abgleich der Aufnahmekapazitäten und um die Schaffung neuer Aufnahmeeinrichtungen andererseits.

Wir mussten uns zunächst darauf konzentrieren, für viele ein Dach über dem Kopf zu organisieren.

Für die unbegleiteten Minderjährigen ging es darum, ihnen in dieser Phase die Eltern zu ersetzen und für ihren besonderen Schutz zu sorgen. Dabei waren differenzierte Kenntnisse der örtlichen Infrastruktur nötig, außerdem bedurfte es abgestimmter Maßnahmen zur Beschaffung von Material und zur Bereitstellung von Personal.

Nach der ersten Aufnahme geht es jetzt darum, für die zu uns gekommenen Menschen das Ankommen in der Gesellschaft zu ermöglichen und zu begleiten.

Die Sorgen und Nöte der zugewanderten Menschen dürfen dabei nicht den Blick für die Probleme der ansässigen Bevölkerung verstellen.

Wenn aus dem ersten Willkommen ein echtes Ankommen und die Teilhabe an der Gesellschaft werden sollen, muss gesellschaftliche Integration umfassend gedacht werden.

Sie muss alle Menschen im Gemeinwesen einbeziehen. Es darf nicht zur Konkurrenz zwischen zugewandeter und angestammter Bevölkerung um soziale Leistungen, um Bildung, Ausbildung und Beschäftigung kommen. Die Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat das in ihrer Regierungserklärung unterstrichen.

Wichtigstes Anliegen der Regierung ist danach der soziale Zusammenhalt. Die Politik der Landesregierung sei für alle da, „für Flüchtlinge und die, die schon immer hier waren“, betonte sie. Sie bekräftigte damit die Verantwortung der Landesregierung. Klar ist aber auch, dass die Integration letztlich vor Ort bewältigt werden muss. Dabei geht es einmal mehr um die differenzierte systematische Erfassung der Bedarfe in

der örtlichen Lebenswelt. Welche Probleme gibt es, welche Ressourcen, was brauchen die zugewanderten Menschen, was fehlt den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und was muss organisiert werden, damit ein Miteinander gelingen kann?

Das sind klassische Planungsfragen, für deren Beantwortung im Jugendhilferecht die Jugendhilfeplanung als Instrument verankert ist, und zwar ausdrücklich nicht nur auf die Jugendhilfe bezogen, sondern auch auf die Zusammenarbeit mit verwandten gesellschaftlichen Handlungsfeldern.

Die heutige Tagung, die das Landesjugendamt im Rahmen der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendhilfeplanung gemeinsam mit örtlichen Planungsfachkräften konzipiert hat, soll für diesen örtlichen Planungszusammenhang Unterstützung leisten und zwar speziell bezogen auf das Themenspektrum der Integration zugewanderter Menschen.

Im Mittelpunkt steht dabei der bereichsübergreifende Austausch über erforderliche Planungsstrukturen, über inhaltliche Probleme und die Frage, wie ein gedeihliches Miteinander von neu zugezogener wie ansässiger Bevölkerung planerisch unterstützt werden kann.

Ich freue mich, dass die Tagung Ihren Zuspruch gefunden hat, und dass neben den klassischen Akteuren der Jugendhilfe auch viele andere Verantwortungsbereiche vertreten sind. Ich hoffe, dass sie das gemeinsame Anliegen der Integration nachhaltig unterstützen kann, und wünsche Ihnen anregende Impulse und fruchtbare Diskussionen.

Forderungen aus den Arbeitsgruppen an den Landesjugendhilfeausschuss und an Ministerin Anne Spiegel:

- Systemübergreifende Kooperation und Vernetzung
Kinder- und Jugendhilfe nicht länger als Ausfallbürge für andere Teilsysteme
- nachhaltige / tragfähige /verpflichtende Verzahnung
- Unklare Situation der Datenlage muss verbessert / geklärt werden
- Gute flächendeckende Infrastruktur
Notwendiger Ausbau der Infrastruktur (Mit Vorhaltespielraum)
- Öffnung von Integrationsangeboten unabhängig vom „Status“. Gleichwertige Teilhabe ohne Zugangsbeschränkungen
Bessere Angebote in Sammelunterkünften, Schulen, BVJ bis zu 25-jährigen
- Angemessene Ausstattung der Jugendhilfeplaner/in
- Schnittstellen müssen auf ministerieller Ebene gut und verlässlich gestaltet werden!
- Unbürokratische / einfache Abrechnung von Regelfinanzierung statt „Projektitis“!
(ausreichendes qualifiziertes Personal, dauerhaft abgesichert und finanziert)
- Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Personal
- Zugang zur Regelstruktur schaffen und sicherstellen (vor allem Schule/Sprache)
- Standards halten
- Besondere Bedarfe bei den 18 – 25-Jährigen in den Blick nehmen, da sie aus vielen Leistungsbereichen fallen
- Ausreichende Mittel für die Sprachförderung zur Verfügung stellen und stabile Strukturen schaffen in den Beschäftigungsverhältnissen
- Schulsozialarbeit erhöhen
- Bildungspass zur Teilhabe (ohne Verwaltungsaufwand)
- Bonussystem
- Verpflichtung der Eltern zur Teilnahme an Werte und Rechtssysteme in der BRD für alle (Kinderrechte)
- Ressourcen für Ämter und Anbieter
 - a) Koordinierung von Ehrenamt
 - b) Fonds für Prävention
- Zugänge schaffen, Familien begleiten, Kitas dabei unterstützen
(Teilhabechancen für alle)
- Interkulturelle Kompetenz, Gesamtgesellschaftliches Weiterentwickeln, Kompetenz von Zugewanderten besser nutzen (Zertifikat...)
- Netzwerk koordinieren
-> zu Sozialraum und zu Einrichtungen (Beratung)
- Unterstützung für „GEH-Struktur“
- Sicherstellung von Beteiligung
- Mehr Hauptamt zur Begleitung von Ehrenamt

Arbeitsgruppe 1

Das Jugendamt als strategisches Zentrum des Aufwachsens: Rolle der Jugendhilfeplanung für die Gestaltung der gesellschaftlichen Integration im Sozialraum

Sabine Müller (Stadt Worms; Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Integrationsbeauftragten) Moderation: Dr. Sandra Menk und Rebecca Stefula (Landesjugendamt)

- Unklare Situation der Datenlage muss verbessert / geklärt werden
- Öffnung von Integrationsangeboten unabhängig vom „Status“.
Bessere Angebote in Sammelunterkünften, Schulen, BVJ bis zu 25-jährigen
- Angemessene Ausstattung der Jugendhilfeplaner/in
- Schnittstellen müssen auf ministerieller Ebene gut und verlässlich gestaltet werden!
Stichwort Betreuungsgeld Ü6!
- Unbürokratische / einfache Abrechnung von Regelfinanzierung statt „Projektitis“!

Wichtige Erkenntnisse:

- Regelfinanzierung statt Projekte an Projekten
- Auftragsklärung:
 - Wer gibt der Jugendhilfeplanung einen Auftrag
 - Integration als Querschnittsaufgabe ->strukturelle Kooperation wichtig
 - Politischer Auftrag ist wichtig (und erwünscht)
- Anliegen:
 - Eigenverantwortliche Steuerungsmechanismen der Kommune
 - Auftrag ans Land: „unkomplizierte Verfahren“ (Wunsch/Anliegen)
 - Aufhebung der Nichtübertragbarkeit des Haushaltsjahres
 - Strategische Steuerung (fachübergreifend)
 - Qualitative und Quantitative Planung
 - Die Begleiteten Kinder nicht vergessen....!!!
 - Örtliche Kooperationsstrukturen (z.B. mit Polizei) - sehr unterschiedlich
 - LKA: braucht Info zu Unterbringung, Ansprechpartner, Struktur und Anhaltspunkte zu Jugendlichen (z.B. bei Fahndung)
 - Planungsteam: Jugendhilfeplanung und Sozialplanung
 - Daten müssen zugänglich sein (gemacht werden)
 - Datenschutz: Wer kriegt welche Daten zu welchem Zweck (Klärung auf Landesebene)
- Kommunen sind unterschiedlich aufgestellt
- Strukturen wichtig, um verlässlich an Daten zu kommen

Fortsetzung Arbeitsgruppe 1

Fragen:

- Wer hat den Hut auf?
- Was macht Land / Bund ? (Koordination / Finanzierung)
- Zahlen / Daten sind in Jugendhilfeplanung nicht bekannt
- Unterschiedliche Strukturen in Städten / Landkreisen
- Wer definiert Zuständigkeit für Integrationsprozess?
- Verschiedene Datenbestände (wer hat worauf Zugriff?)
- best practice (Wo kann am voneinander lernen?)

Arbeitsgruppe 2

Bedarfs(bzw. zielgruppen-)gerechte Angebote der Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländer/-innen (UMA) und von Angeboten der Erziehungshilfe für begleitet zugewanderte junge Menschen

Barbara Liß (Landesjugendamt), Eva Dittmann (ISM gGmbH), Moderation: Sabrina Brinks (ISM gGmbH, Mainz)

Kind ist KIND!

- Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Personal
- Zugang zur Regelstruktur schaffen und sicherstellen (vor allem Schule/Sprache)
- Standards halten
- Systemübergreifende Kooperation und Vernetzung
- Gleichwertige Teilhabe ohne Zugangsbeschränkungen durch z.B. Status,
- Kinder- und Jugendhilfe nicht länger als Ausfallbürge für andere Teilsysteme
- nachhaltige / tragfähige /verpflichtende Verzahnung

Arbeitsgruppe 3

Merkmale einer guten Planung für zugewanderte junge Menschen und ihre Familien

Ingeborg Diegmann und Axel Ghane Basiri (Internationaler Bund Bad Kreuznach), Moderation: Rudi Neu (Landesjugendamt)

- *Besondere Bedarfe bei den 18 – 25-Jährigen in den Blick nehmen da sie aus vielen Leistungsbereichen fallen*
Durch die Ungleichbehandlungen und die damit verbundenen gefühlte Ungerechtigkeit (z.B. was die Wartezeiten auf Anerkennung, oder die Anerkennung an sich, ... anbelangt) entsteht ein Gefährdungspotenzial entstehender Aggression oder Depression der Geflüchteten jungen Menschen.
- *Interkulturelle Beteiligung ermöglichen*
Die Haltung muss lauten: Den Geflüchteten eine Stimme geben, Sie sichtbar werden zu lassen. Sie dabei sein zu lassen wenn über sie gesprochen wird (Ziel ist die Wiedererlangung der Kontrolle über das eigene Leben). Dies muss einhergehen mit interkulturellen Beratung und Qualifizierung der Ehrenamtlichen.
- *Ausreichende Mittel für die Sprachförderung zur Verfügung stellen und stabile Strukturen schaffen in den Beschäftigungsverhältnissen*
Bsp. In der Sprachförderung wird trotz hoher Anstellungsvoraussetzungen unterhalb des Mindestlohnes (8.10 Euro) gezahlt. Keine prekäre Beschäftigungen und unbefristete Verträge!
- *Dauerhafte Aktivierung der Akteur/innen*
Kontinuierlich bestehende Netzwerke sind wichtig, damit nicht zeitintensive Aufbauarbeit immer neu betrieben werden muss. Gute Beispiele sind der lokale Aktionsplan und das stadt- und landkreisübergreifende Vorgehen aus Bad Kreuznach. Planung ist häufig nicht gewünscht, da es Bedarfe feststellt, die aus ökonomischen Zwängen nicht bedient werden können. Planung ist einzufordern.
- *Gute flächendeckende Infrastruktur*
Die Zuwanderung sollte als Chance gesehen werden für den Weiterbestand einer sozialen Infrastruktur gerade im ländlichen Raum. Hier spielt die Mobilität dann auch nicht nur für die geflüchteten Menschen eine große Rolle. Zugänge zu den Maßnahmen wie Sprachkurse, Kreis- und Stadtverwaltungen, Praktika und Arbeit müssen ermöglicht werden. Psychologischen Beratung und Traumatherapien gilt es auszubauen.

Dies ist mit dem bestehenden Personal nicht zu leisten. Aufgabenzuwächse bedürfen gerade auch bei gleichzeitigem Sprint und Marathon entsprechende Personalzuwächse.

Arbeitsgruppe 4

Bildung, Ausbildung und berufliche Integration zugewanderter junger Menschen planen

Hella Eiteneuer (Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit), Bernhard Roschinski (Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Außenstelle Neustadt), Moderation: Anna Warnking (Caritasverband für die Diözese Trier e.V.)

Angebote für ALLE

- Zugang zu Bildung
 - Erhöhung der Schulpflicht
 - Externe Prüfungen flexibler und öfter gestalten
- Integration von Anfang an ++
 - „Willkommensklassen“ für ein Jahr
- Schulsozialarbeit erhöhen
- Übergang Ausbildung
 - unabhängig vom Status
- JgL nicht in der Ausbildung isolieren
 - Ziele differenzieren

Arbeitsgruppe 5

Elternarbeit, Familienarbeit, Familienbildung, Frühe Förderung für die Zielgruppe planen

Birgit Kleine-Weitzel (Leiterin des MGH Ingelheim, Vorstand der LAG MGH RLP), Felicitas Flöthner (Kordinatorin des MGH Koblenz, Vorstand der LAG MGH RLP), Moderation: Sigrid Frank-Morher (Kath. Familienbildungsstätte Koblenz)

- Bildungspass zur Teilhabe (ohne Verwaltungsaufwand)
 - Bonussystem
- Verpflichtung der Eltern zur Teilnahme an Werte und Rechtssysteme in der BRD für alle (Kinderrechte)
- Ressourcen für Ämter und Anbieter
 - a) Koordinierung von Ehrenamt
 - b) Fonds für Prävention
- Qualitätskriterien von Schulungen

Arbeitsgruppe 6

Kindertagesstätten und -tagespflege planen für die Aufnahme von Kindern aus zugewanderten Familien

Roberta Donath (Ev. Kirche Hessen-Nassau), Irmtraud Lauer (Caritasverband für die Diözese Trier e.V.), Moderation: Achim Hettinger (Leiter des Jugendamtes der Stadt Trier)

Kita = Idealer Ort der Inklusion -> neues Kita-Gesetz orientiert sich am Anspruch

- Qualität: ausreichendes qualifiziertes Personal, dauerhaft abgesichert und finanziert
(Weg von Projektitis!)
- Notwendiger Ausbau der Infrastruktur (Mit Vorhaltespielraum)
- Zugänge schaffen, Familien begleiten, Kitas dabei unterstützen
(Teilhabechancen für alle)
- Interkulturelle Kompetenz, Gesamtgesellschaftliches Weiterentwickeln, Kompetenz von Zugewanderten besser nutzen (Zertifikat...)
- Netzwerk koordinieren
-> zu Sozialraum und zu Einrichtungen (Beratung)

Arbeitsgruppe 7

Selbstorganisation und Ehrenamt - am Beispiel von Freizeitgestaltung, Jugendarbeit

Delia Helmerking (Landesjugendring), Stephanie Otto (BDP), Marcus Thielen (Café Asyl im Jugendzentrum Daun), Moderation: Florian Reinert (Landesjugendamt)

- Unterstützung für „GEH-Struktur“
- Sicherstellung von Beteiligung
- Mehr Hauptamt zur Begleitung von Ehrenamt
- Plattform für Vernetzung schaffen
- Anknüpfen an Infrastruktur / Schaffung von Infrastruktur